

Covid-19 Maßnahmen in Peru*



Erster bestätigter Fall: 6. März 2020



Nationaler Notstand: ausgerufen am 15. März 2020



Schließung der Grenzen: 16. März 2020



Nationale Quarantäne/Ausgangssperre: ausgerufen am 19. März 2020



Einschränkung des öffentlichen Lebens

- vom 2. bis 11. April wurden die Wochentage, an denen die Menschen vor die Tür gehen durften, nach Geschlecht (w/m) aufgeteilt
- Präsident Martín Vizcarra hatte erklärt, die Sicherheitskräfte seien angewiesen worden, auf spezielle Geschlechterfragen Rücksicht zu nehmen
- die LGBTQ+ Community zeigte sich dennoch besorgt über die Diskriminierung von Menschen, die sich als nicht-binär und/oder trans definieren



Haltung der Bevölkerung

- laut einer Umfrage vom 22. März unterstützen 96% der Bevölkerung die Einführung der Ausgangssperre
- dennoch wurden mehrere tausend Menschen verhaftet, weil sie die Ausgangssperre nicht einhielten



Medizinische Ausstattung und Versorgungslage

- in der zweiten Aprilwoche wurde die Anzahl der Covid-19-Tests um das 15-fache gesteigert
- bis zum 14. April wurden mehr als 100.000 Covid-19-Tests durchgeführt
- Ziel von 10.000 Corona-Tests täglich mittlerweile erreicht
- Gesundheitssystem (größtenteils privatisiert) erwies sich bisher als krisenuntauglich
- auch gestaltet sich die Gesundheitsversorgung in ländlichen Regionen als schwierig
- ExpertInnen warnen, indigene Gemeinschaften seien Pandemien in besonderer Weise ausgesetzt



Erste Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung

- frühzeitige Schließung touristischer Sehenswürdigkeiten (z. B. Machu Picchu) bedeutet hohe ökonomische Verluste im Tourismussektor
- Firmen dürfen Lohnzahlungen für Angestellte mit befristeten Verträgen bis zu 90 Tage aussetzen
- Verlust von Millionen Arbeitsplätzen droht
- Regierung startete am 6. April das Programm „Reactiva Perú“, das Unternehmen großzügige Geschäftskredite garantieren soll, um Mitarbeitende und LieferantInnen zu bezahlen
- an bedürftige Familien zahlt die Regierung einen Bonus von umgerechnet knapp 100 Euro
- zudem werden nun rund weitere 200 Euro als zinslose Kredite an Menschen ausgezahlt, die aufgrund der Ausgangssperre ihren Arbeitsplatz verloren haben